



Interviews

Datum: 14. Juli 2023

Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Die wirtschaftlichen Aussichten sind so trübe, wie lange nicht. Die Inflation erweist sich als zäh, das Wirtschaftswachstum lahmt, Arbeitskräftemangel, marode Infrastruktur, teurer Strom, überbordende Bürokratie und und und... Einige Politiker, Unternehmer und Ökonomen warnen schon, Deutschland beginnt bereits, sich zu deindustrialisieren.

Die Bundesregierung will gegensteuern, ist sich aber wie so häufig uneins über das Wie. Diese Woche hat Finanzminister Christian Lindner sein lang angekündigtes Steuerpaket vorgestellt, mit dem er das Wachstum ankurbeln will. Wachstumschancengesetz heißt es in schönster Berlin-Mitte-Gesetzesprosa. Fast 50 Einzelmaßnahmen, ganz vereinfacht ausgedrückt, Investitionen in klimafreundliche Technologien und in Forschung sollen gefördert werden und das Ganze trotz angespannter Kassenlage jährlich mit sechs Milliarden Euro zu Buche stehen.

Doch reicht das oder ist das Geldverschwendung und was wäre noch vonnöten? Brauchen wir den Industriestrompreis, wie von Wirtschaftsminister Robert Habeck und jetzt auch vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst gefordert? – Viele Fragen, über die wir jetzt reden können. Am Telefon ist der Ökonom Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft. Guten Morgen, Herr Hüther!

Michael Hüther: Guten Morgen, Herr May.

May: Der Ex-EU-Kommissar und CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, sieht Deutschland mittlerweile als Absteigerland. Zurecht?

Hüther: Ja, da ist etwas dran, denn wir müssen feststellen, Deutschland ist zurückgefallen in Europa. Wir sind letztlich wieder Schlusslicht und gleichzeitig haben wir auch keine überzeugenden Perspektiven, dass sich das kurzfristig, im nächsten Jahr beispielsweise ändert. Insofern ist ja auch dieses Bild vom kranken Mann in Europa, das vor 25 Jahren gepflegt wurde, nicht ganz von der Hand zu weisen. Damals gab es andere Gründe, damals funktionierte die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung noch, das hat uns eigentlich Schwung gegeben, aber wir waren nicht in der Lage, das umzusetzen in die Binnenwirtschaft. Der Arbeitsmarkt war mit hoher Arbeitslosigkeit versehen. Jetzt stecken wir zwar in einer guten stabilen Arbeitsmarktlage, aber wir kommen nicht voran. Das Investieren ist schwach und die Erwartungen der Unternehmen – das zeigt auch unsere Konjunkturumfrage für den Sommer, die wir dieser Tage veröffentlicht haben – ist außerordentlich mau und zurückhaltend. Es ist eine Art Orientierungslosigkeit aller Akteure. Es entsteht keine Perspektive, wo es hingehen könnte, und das beschreibt dieses Bild, glaube ich, ganz gut.

May: Erleben wir schon diese Deindustrialisierung?

Hüther: Der Verlust an industrieller Wertschöpfung ist ein ganz langsamer und lange laufender Trend. Der war bei uns immer sehr viel schwächer als in anderen Volkswirtschaften, aber wir sehen im Augenblick schon, insbesondere bei energieintensiven, dass Produktion hier runtergefahren wird, dass Auslandsstandorte hochgefahren werden. Das stellt noch nicht per se und für Dauer die hiesigen Standorte in Frage, aber es ist ein Warnsignal, und wir haben letztes Jahr ja auch gesehen, dass bei den energieintensiven erhebliche Produktionseinschränkungen als Antwort auf die Energieverteuerung zu sehen waren, und insofern ist die Frage, was brauchen wir dauerhaft. Verlieren wir jetzt etwas, was uns unser Wachstumspotenzial schwächt? Deswegen ist der Begriff der Deindustrialisierung einer, der eine höhere Bedeutung hat und auch eine realere Relevanz, als das früher der Fall war.

May: Sie haben gerade von Orientierungslosigkeit gesprochen. Orientierung muss ja die Politik geben. Gibt sie nicht?

Hüther: Sie gibt sie aus mehreren Gründen nicht. Zum einen haben wir erkennbar einen hohen Nachholbedarf. Das gilt in der Infrastruktur, es gilt in der Verteidigung. Wir müssen ja ökonomisch auch das Thema Verteidigung würdigen, denn Sicherheit ist ein wichtiger Rahmen für wirtschaftliches Handeln.

May: Wenn ich da ganz kurz einhaken könnte? – Das heißt, da muss auch noch die Vorgängerbundesregierung in die Pflicht genommen werden, die Regierung der fetten Jahre?

Hüther: Das ist schon so. Wir haben dieses goldene Jahrzehnt nach der Finanzkrise bis zur Pandemie nicht wirklich für eine Investitionsoffensive genutzt. Viele Dinge sind nicht vorangebracht worden. Wir haben die Infrastruktur schleifen lassen an allen Systemen und wir haben die Verteidigung unterfinanziert. Das ist ja offenkundig und insofern muss jetzt auch viel aufgeräumt werden. Aus diesem Aufräumen wird aber noch nicht so ganz erkennbar, wo es denn hinführt, denn zu all dem kommt die Strategie, wie wir denn klimaneutral werden können. Wir haben im Grunde noch, großzügig gerechnet, ein viertel Jahrhundert Zeit und müssen jetzt die Entscheidungen treffen. Das macht die Sache mit einer hohen Dynamik, aber auch mit einer hohen Unübersichtlichkeit für die Investoren im Land nicht gerade einfacher und da ist die Politik auch gefordert, die Pfade erkennbar zu machen.

May: Entscheidungen werden durchaus getroffen beziehungsweise werden in den Raum gestellt, beispielsweise der Industriestrompreis. Wirtschaftsminister Robert Habeck will ihn, Lindner und Scholz sind eher skeptisch. Würde der kurzfristig zumindest helfen, gerade wo Sie sagen, dass die Energiepreise so teuer sind?

Hüther: Ich denke, ja. Denn wir haben eine Situation, dass der Staat eine Veränderung des Energiesystems ausruft und auch organisieren möchte, nämlich hin komplett zu erneuerbaren. Wir haben uns verabschiedet (auch gesellschaftlich) von der Atomkraft; also müssen wir es so machen. Bis die aber die 80 Prozent Kapazität für die Volkswirtschaft anbieten, vergehen fünf, sechs, sieben, acht Jahre, also, sagen wir mal, bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts, und in dieser Phase haben wir das Risiko hoher Strompreise und dann verlieren wir

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

möglicherweise Standorte hier, die wir aber brauchen. Denn nehmen Sie mal die Chemie: Die Chemie ist ganz wichtig für Materialveränderungen, für Verringerung auch gerade von CO₂-Emissionen in vielen, vielen Bereichen, die Polymerchemie beispielsweise. Die zu verlieren, hat Folgen für alles andere. Insofern meine Ableitung: Ja, es gibt auch ordnungspolitisch einen Grund für diesen Industriestrompreis. Frankreich hat auch einen solchen. Wir haben das ja indirekt gemacht vor dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, indem wir die energieintensiven dort mit der besonderen Ausgleichsregelung rausgenommen haben. Eigentlich verlängern wir die. Und die Idee des Ministers Habeck zu sagen, der Börsenstrompreis ist die Referenz, wenn das höher liegt als die sechs Cent, die man langfristig als Gestehungskosten für Offshore-Wind nehmen kann, dann haben wir hier einen Bedarf, denn wir wollen deutlich machen, dass wir da hinwachsen. Insofern ist das keine feste Brücke, bei der wir das gegenüberliegende Ende schon sehen, sondern die sich im Grunde ergibt aus dem Zubau. Wenn der Zubau so stark ist, kann es auch nach zwei, drei Jahren schon kaum noch Subventionen geben, aber dass wir diesen Pfad eröffnen, ist für den internationalen Wettbewerb außerordentlich wichtig.

May: Wenn wir mal bei dem Bild des kranken Mannes Europas bleiben, dann kann so ein Industriestrompreis eigentlich nur ein Notfallmedikament sein und noch nicht die generelle Kur. Was ist beispielsweise mit dem von mir schon angesprochenen Wachstumschancengesetz von Christian Lindner?

Hüther: Ein Satz noch zuvor zu dem Energiepreisthema. Es muss auch die Stromsteuer auf europäisches Niveau abgesenkt werden, damit es auch alle beinhaltet. Es ist ja nicht einzu sehen, dass wir die Elektrifizierung als großes Thema auf dem Weg zur Klimaneutralität machen, aber die Stromsteuer höher ist als in anderen europäischen Ländern. Das noch als Nachklapp.

Das Gesetz von Lindner finde ich grundsätzlich richtig: Eine Investitionsprämie, den Verlustvortrag zu vergrößern, die Förderung von Forschung und Entwicklung. Nur man muss es etwas größer rahmen. Ich kann jetzt nicht nur auf die klimaneutralen Investitionen sehr eng schauen. Auch die Digitalisierung ist am Ende des Tages ein Beitrag zur Effizienzsteigerung und damit auch zu Klimaneutralität. Das Investieren ist unsere Herausforderung. Deswegen sollten wir da auch einen großen Schritt machen und mehr Möglichkeiten für Unternehmen schaffen, hier auch unter diese Förderung zu kommen. Das ist das, was wir jetzt brauchen. Das kann man, wie gesagt, weiterentwickeln. Der Ansatz stimmt.

May: Großer Schritt heißt mehr Geld als sechs Milliarden Euro?

Hüther: Es wird etwas mehr sein müssen und da stehen wir vor einer ganz anderen Frage. Sie haben es auch in der Anmoderation angemerkt. Wir haben mit der Schuldenbremse zu hantieren, das ist nun mal so, und wir merken jetzt, dass wir eine Regel haben für die Finanzen des Staates, die aus einer ganz anderen Zeit, nämlich der Diskussionen vor 15 Jahren kam, die aber für die Transformation, die wir jetzt zu leisten haben, nicht wirklich trägt. Sie trägt nicht bei den Investitionen in die Infrastruktur, die wir zu leisten haben. Sie trägt nicht bei den nachholenden Investitionen in die Bundeswehr. Überall müssen wir Ausweichregeln

fassen und das machen wir dann auch mit Sonderhaushalten. Da würde ich sagen, das ist auch richtig, damit wir das überhaupt hinkriegen. Aber im laufenden Haushalt kommen wir auch in die Enge. Stellen Sie sich mal vor, in vier Jahren muss etwa 30 Milliarden mehr im Haushalt für Verteidigung verfügbar gestellt werden. Das gibt enormen Druck.

May: Das heißt aber de facto, laufender Haushalt oder Schattenhaushalt, neuer Sonderfonds, es wird darauf hinauslaufen, dass Deutschland neue Schulden machen muss?

Hüther: Das müssen wir machen, denn wir haben ja eine Jahrhundertaufgabe, die eine Generation zu schultern hat. Wir müssen das jetzt im nächsten, wie anfangs gesagt, viertel Jahrhundert alles machen, damit auch die nachfolgenden Generationen letztlich eine Situation haben, die das alles hier lebenswert sein lässt. Da dürfen die auch Zins und Tilgung mitfinanzieren, das ist völlig fair.

May: Jetzt warnen aber beispielsweise OECD und Weltbank gerade davor, in dieser Situation neue Schulden zu machen. Wir haben jetzt auch eine ganz andere Zinslage als noch in den letzten Jahren. Das heißt, es wird richtig teuer. Auch Ihr Kollege Clemens Fuest – das Interview in der „Zeit“ haben Sie bestimmt auch gelesen – vom Münchener ifo-Institut sieht es anders als Sie mit einem relativ plausiblen Argument, wie ich finde. Wir haben Arbeitskräftemangel. Heißt: Selbst wenn Geld da ist, dann könnte niemand mehr Brücken bauen, weil die Arbeitskräfte fehlen, und es würde nur die Inflation steigen.

Hüther: Das unterstellt, dass wir keine Effizienzgewinne organisieren können, und natürlich ist unsere Bauwirtschaft noch nicht in ihrer Effizienz und Produktivität, wo sie sein könnte. Das sagt sie auch selbst. Das heißt, auch hier sind Digitalisierungsprozesse hilfreich. Und wenn wir auf Zuwanderung setzen, wenn wir auch auf mehr Arbeitszeitvolumen in Deutschland setzen, dann kriegen wir das schon hin. Die Frage müssen wir ohnehin beantworten. Aber die demographische Entwicklung, Alterung und damit Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials, kann nicht bedeuten, dass wir entsprechende Investitionen unterlassen. Schulden sind ja nicht per se kritisch, sondern konsumtive Schulden sind nicht begründbar und zu vermeiden. Aber Schulden für Investitionen, von denen mehrere Generationen etwas haben, sind offenkundig doch ein Wachstumsbeitrag. Nehmen Sie mal die Brücke in Rahmede in Nordrhein-Westfalen. Das hat Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser kernindustriellen Region Deutschlands und das darf eigentlich nicht passieren. Das ist nun passiert, jetzt müssen wir es aber auch schnell abräumen. Das können wir nicht mit dem Verweis auf die Schuldenbremse und mit dem Verweis, wir haben vielleicht keine Leute, nicht hinkriegen, sondern wir werden Strukturwandel erleben und dann wird es diese Investitionen auch geben. Dann kommen auch Investoren aus dem Ausland, die sich attraktiv hier einbringen. Das ist kein überzeugendes Argument. Das geht ja von einer sehr stationären Wirtschaft aus.

May: Jetzt ist häufig Geld da gewesen in Deutschland und es ist trotzdem viel zu wenig passiert wegen der überbordenden Bürokratie. Ich weiß jetzt nicht, wie oft allein Angela Merkel Digitalisierung zur Chefsache erklärt hat. Es scheint, irgendwie unmöglich zu sein, Bürokratie in Deutschland abzubauen.

Hüther: Ja und nein. Wir haben immer auch Fortschritte erlebt. Aber am Ende ist es gar nicht mal die einzelne Regelung, sondern wir müssen auch Menschen in der öffentlichen Verwaltung haben, die bereit sind, die Ermessensspielräume zu nutzen. Das ist auch eine Verantwortungsübernahme. Die dürfen wir nicht bestrafen, sondern die müssen wir ertüchtigen und stärken. Wir sehen, wir können beispielsweise auch in Sachsen, wie jetzt gerade, ein Automobilwerk nach sechs Wochen Genehmigungsfrist in Gang setzen. Das geht! Es ist ja nicht so, das geht alles mit den bestehenden Regeln. Man muss nur auch die Ermessensspielräume nutzen. Es gibt jetzt auch Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsverfahren. Das wird uns enorm helfen. Aber es muss immer auch klar sein, es sind die handelnden Menschen vor Ort. Sie treffen in einem Bauamt X auf eine Person, die sieht, welche Möglichkeiten es gibt, und Sie treffen in einem anderen Bauamt eine Person, die aber nur sieht, was sie an Verantwortung zu tragen hat und das nicht will. Dann kommen wir nicht weiter. Wir dürfen das nicht verkennen. Wir können so viele Regeln ändern, wie wir wollen; wenn die Haltung nicht stimmt, helfen auch die Ermessensspielräume nicht, die wir schaffen.

May: Apropos Haltung. Spüren Sie denn schon, fühlen Sie schon diese neue Deutschlandgeschwindigkeit durch die Ampel?

Hüther: Es ist etwas in Gang gekommen. Es ist noch nicht da, wo es sein müsste. Und natürlich hat die Ampel sich auch selbst ein Bein gestellt. Wenn sie das nicht generell regelt, sondern mit enumerativen Investitionsvorhaben, dann sagt sie im Grunde, dass sie das nur sehr beschränkt tun will. Aber im Grunde brauchen wir das Deutschlandtempo eigentlich für alle Aktivitäten, die wir privat, die wir als Unternehmen, die letztlich auch der Staat organisieren und machen, und das ist das, was noch fehlt, und da muss man auch von Seiten der Regierung mal die ideologischen Bremsklötze bei Seite legen und sich im Grunde generell darauf vereinigen.

May: An wen denken Sie da, wenn Sie von überideologischen Bremsklötzen sprechen?

Hüther: Irgendwie sind es ja alle und alle haben was aufzugeben. Die FDP muss begreifen, dass der Satz „Die Schuldenbremse gilt“ noch keine gestaltende Finanzpolitik ist. Die Grünen müssen begreifen, dass das Ablehnen von bestimmten Optionen, beispielsweise auch Investitionen in den Autobahnausbau, genauso richtig und wichtig ist wie in den Bahnverkehr, weil wir Mobilität anders organisieren wollen. Und die SPD muss begreifen, dass es nicht immer nur darum geht, eine sozialpolitische Abfederung als erstes zu organisieren, sondern erst mal den Staat so zu ertüchtigen, dass die Privaten handeln können. Dann haben wir die Steuereinnahmen, mit denen wir all die Dinge auch machen wollen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.